Dr. Pfund's Milch-Seife Dresdner Molkerei Gebr. Pfund Dresden.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897.

Meyer's Promenaden-, Radler-, Reise-, Sport-Anzüge für Herren u. Knaben
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

Photographische Apparate in reichster Auswahl bei Emil Wünsche Moritzstr. 20 (Nähe der Maximilians-Allee). Ausführlicher Catalog nach auswärts gegen 20 Pfg. in Briefmarken.

Reise-Artikel als: Reisetaschen, Reise-Necessaires, Apotheken, Besteck-Etuis, Plaidhüllen etc. empfiehlt in reichster Auswahl Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 3.

Gewissenhaft, mässige Preise. Patent-Bureau Reichelt. Dresden-N. Hauptstr. 4. Musterausstellung. Auskunft kostenlos. Telegr. Amt II, Nr. 20. Erwirkg. und Verwerth. in all. Staaten, Marken-Muster und Gebrauchs-Muster-Schutz. Inhaber: Emil Reichelt, Ing. u. Patent-Anw.

Vornehme Tapeten von dekorativer Wirkung, sowie Original-Tapeten der ersten englisch. Fabriken empfehlen Tapetenhaus F. Schade & Co. Victoriastr. 2

Knickerbocker Braces, vorzüglicher Geradehalter für Herren, Damen und Kinder. Preis 5 Mark. Bei auswärtigen Bestellungen ist der Brustumfang anzugeben. Carl Wendschuch, Königlicher Hoflieferant, Struvestr. 11.

Nr. 187. Spiegel: Postreformvorschläge. Hofnachrichten. Werkmeisterverband. Alpenverein. Unglücksfall. Herbergen. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. „Jemand's Ehekontrakt". | Muthmaßliche Witterung: Aufbessernd. | Donnerstag, 8. Juli.

Politisches.

Mit einer geradezu phänomenal deplacirten Leistung wartet die „Kreuzztg." in ihrer Montagsnummer auf. Der fragliche Artikel behandelt ein höchst zeitgemäßes Thema, die Reichspostreform, in einer so gründlich unzeitgemäßen Weise, daß dem modernen Verkehrsmenschen, auch wenn er im Uebrigen auf gut konservativem Boden gewachsen ist, dabei zu Muthe wird, als bekäme er mit einem starken Brette einen heftigen Schlag an den Kopf. Man höre und staune!

Das genannte Organ stellt im Eingange seiner überaus unangenehm auffallenden Betrachtungen für den neuen Staatssekretär des Reichspostamts Herrn v. Podbielski den leitenden Grundsatz auf, er werde sich nicht nur ablehnend verhalten müssen gegen die Forderungen nach Verkehrserleichterungen und Verkehrsverbilligungen, wie sie hauptsächlich von kaufmännischen und freisinnigen (?) Kreisen erhoben würden, sondern er werde sich vielmehr veranlaßt sehen müssen, Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, die in der Postverwaltung den finanziellen Gesichtspunkt ökonomischer zur Durchführung brächten. Zur Bethätigung dieses programmatischen Hauptsatzes im Einzelnen schlägt dann das Berliner Blatt folgende schöne Dinge vor: Zunächst sei eine strenge Auseinandersetzung zwischen der Reichspostverwaltung und den betheiligten deutschen Eisenbahnverwaltungen durchzuführen, derart, daß die Reichspostverwaltung mindestens die Selbstkosten vergüte, die den Eisenbahnen aus der Beförderung des Postverkehrs entstehen. Es ließe sich rechtfertigen, als man Anfangs den Privatbahnen die Verpflichtung auferlegte, den Postverkehr unentgeltlich oder gegen eine geringe Pauschalgebühr zu befördern. Nach der Durchführung des Staatsbahnsystems aber lag kein Anlaß (?) vor, jene Verpflichtung noch ferner aufrecht zu erhalten. . . . Sollte der (so entstehende) Fehlbetrag der Reichspostverwaltung ein sehr erheblicher sein, so würden sich allerdings Tariferhöhungen nicht vermeiden lassen. Vor Allem sei endlich die langgeplante Reform des Gebührentarifs für die Beförderung der Zeitungen durchzuführen. Schwieriger erscheine eine anderweitige Regelung des Fünfzigpfennigtarifs für Packete. Diese Einrichtung sei „unzweifelhaft volksthümlich" und „habe sich eingelebt", aber es werde mit ihr „auch vielfach Mißbrauch getrieben." Minder schwierig sei eine Erhöhung des Tarifs für Eildepeschen, wovon „im Wesentlichen nur Börse und Großhandel betroffen würden", falls die Fernsprechgebühren zur Verzinsung des veranlagten Kapitals nicht ausreichten, würden auch sie eine entsprechende Erhöhung vertragen. Endlich und nicht zuletzt habe die Reichspostverwaltung auch auf Ersparnisse bei ihren Betriebsausgaben, insbesondere durch Verminderung des höher vorgebildeten Personals hinzuwirken. Bei der Postverwaltung werde mit dem Personal eine „große Verschwendung" getrieben, vielleicht nicht eine quantitative, aber doch eine qualitative, insofern, als man für verhältnißmäßig leichte und mechanische Arbeiten Beamte mit „unverhältnißmäßig hoher Vorbildung" verwende.

Alle diese Reformvorschläge der „Kreuzzeitung" passen zu dem Fortschritt in den postalischen Einrichtungen, den das Interesse des Verkehrs verlangt, wie die Faust auf's Auge, und Herr v. Podbielski würde sich unfehlbar auf das Schlimmste nach allen Seiten hin diskreditiren, wenn er auf derartige Lockrufe nach rückwärts reagiren wollte. Die Frage der postalischen Entschädigung an die preußischen Eisenbahnen, an der die „Kreuzztg." den Hebel ansetzt, mit dem sie das ganze wohlbewährte Gefüge des von Herrn v. Stephan geschaffenen Organismus aus den Angeln heben möchte, hat nicht bloß ein fiskalisches und verkehrspolitisches, sondern zugleich ein nationales Interesse, auf das die „Nat.-Ztg." hinweist, indem sie schreibt: „Die Forderung an die Post, 24 Millionen Mark jährlich an die preußische Staatsbahnverwaltung zu zahlen, kommt auf eine Erhöhung der Matrikularbeiträge um dieselbe Summe heraus. Den größten Theil davon muß Preußen selbst tragen, sodaß der Gewinn für Preußen sich auf einige Millionen belaufen würde. Um diesen Preis aber würde ein Zankapfel zwischen die Bundesregierungen geworfen. Die kleineren, ohnehin finanziell bedrängten Staaten würden von Neuem belastet und im Hintergrund stände für die Bevölkerung die Aussicht, diese Erhöhung der Matrikularbeiträge durch Vertheuerungen und Erschwerung des Verkehrs ausgeglichen zu sehen." Es ist unter diesen Umständen kaum zu begreifen, wie ein führendes konservatives Blatt sich dazu verstehen kann, an einer Einrichtung zu rütteln, deren Beseitigung so einschneidende Folgen im Verkehrsleben nach der eigenen Meinung des Blattes nach sich ziehen würde. Der Angriff auf das bisherige Verhältniß zwischen Post und Eisenbahnen in Preußen wird übrigens von der „Kreuzztg." selbst nur mit der schwächlichen Begründung zu decken versucht, daß der Staat nicht dieselbe Verpflichtung zu übernehmen brauche, die vorher den Privatbahnen auferlegt worden sei. Es giebt einen alten bewährten Grundsatz, der lautet: „Was dem Einen recht ist, ist dem Anderen billig" und der auf den Staat, wo er als Unternehmer auftritt, genau so gut Anwendung findet, wie auf Privatpersonen. Dessen scheint sich der Postgelehrte der „Kreuzztg." bei seiner eigenartigen Argumentation nicht erinnert zu haben. Auf jeden Fall aber hätte der Schreiber des Artikels, vorausgesetzt, daß er überhaupt noch Verständniß für die Erfordernisse einer groß angelegten Verkehrspolitik besitzt, über die Richtigkeit seiner Prämisse stutzig werden müssen, als er die verkehrsbeschränkenden Folgerungen aus ihr zog, mittelst deren der zu gewärtigende Ausfall an Einnahmen der Post wieder „hereingebracht" werden soll.

Besonders mißfällig wird es allgemein vermerkt werden, daß der Rückreformirungseifer des konservativen Blattes sogar nicht einmal vor solchen Einrichtungen Halt macht, die, wie der Fünfzigpfennigtarif für Postpackete, dem gesammten Verkehrsleben gewissermaßen in Fleisch und Blut übergegangen sind. Eine lahme Anerkennung der ungemeinen Volksthümlichkeit des bezeichneten Tarifs ist sogar in der „Kreuzzeitung" selbst zu finden, freilich nur zu dem Zwecke, um die Schwierigkeiten einer etwaigen Veränderung des gegenwärtigen Zustandes zu illustriren. Um so schlimmer ist es, daß trotz der besseren Erkenntniß der eigenthümliche „Schaffensdrang" des Blattes auch mit solchen, ganz unentbehrlichen Kleinodien des Postverkehrs aufräumen möchte. Man darf dreist behaupten, daß der in Rede stehende Packettarif einen integrirenden Bestandtheil unserer nationalen Kultur bildet, soweit dabei der verkehrspolitische Einfluß in Frage kommt, und deshalb sollte gerade von konservativer Seite am allerletzten an eine so vortrefflich bewährte Institution die zerstörende Hand gelegt werden.

Vielleicht mag es zur Entschuldigung der „Kreuzztg." dienen, daß vor einigen Wochen die „Post" eine ähnliche Weisheit über die „Neuordnung der finanziellen Seite des Postwesens" verzapft hatte, ohne daß eine energische Abwehr derartiger überspannt fiskalischer und bureaukratisch-einseitiger Ideen seitens der Presse, die den Interessen des Verkehrs dient, erfolgt wäre. Hätte damals gleich der Blitz eingeschlagen, so würde vermuthlich der jetzige weitere Vorstoß der „Kreuzztg." unterblieben sein. Nachdem dieser aber einmal erfolgt ist, muß auf der ganzen Linie zum Angriff geblasen werden, um die bedrohte Freiheit des Verkehrs zu retten. Auch für die Konservativen selbst ist es im ureigensten parteipolitischen Interesse geboten, dafür zu sorgen, daß sie in den bevorstehenden Wahlkampf nicht mit dem unerträglich schweren Gepäck des postalischen Kreuzzeitungsprogramms belastet hineinmarschiren. Alles in Allem genommen, darf man den Artikel der „Kreuzztg." wohl als eine unmaßgebliche „Privatleistung" der Redaktion betrachten. Um so mehr Grund hat die konservative Partei, keinen Zweifel im Lande darüber zu lassen, daß sie weit entfernt ist, sich mit Ideen wie den dort entwickelten zu identifiziren. Wie sagte doch Fürst Bismarck bei dem Empfange der Lipper? „Es giebt ein altes gutes politisches Sprichwort: Quieta non movere, das heißt, was ruhig liegt, nicht stören, und das ist echt konservativ: eine Gesetzgebung nicht mitmachen, die beunruhigt, wo das Bedürfniß einer Aenderung nicht vorliegt. Es giebt Leute, die einseitig das Bedürfniß haben, die Menschheit mit ihren Elaboraten glücklich zu machen". Es wäre keine wahrhaft konservative Politik, die sich dazu verstände, die bewährten Grundlagen, auf denen unser Postwesen ruht, umzustürzen, um beunruhigende Neuerungen zu schaffen. Eine echt konservative Politik wird im Gegentheil Alles daran setzen, um das bestehende Fundament ungeschwächt zu erhalten, damit auf ihm weitergebaut werden kann bis zu der Höhe der Reformen im wahren Sinne des Wortes, die dem großen Werke des verstorbenen Generalpostmeisters noch die letzte Abrundung zu geben bestimmt sind. Es mögen in dieser Beziehung nur genannt werden die Erhöhung des Maximalgewichts der einfachen Briefe auf 20 Gramm, Verbesserungen im Telephonwesen, Besserstellung der Landbriefträger, Einführung einer leichten Sommerkleidung für die Beamten im Dienst. Wenn die konservative Partei nach dieser Richtung auf die weitere Entwickelung unseres Postwesens einzuwirken sich bemüht, wird sie ganz in dem Sinne handeln, auf den sie das kaiserliche Wort hinweist: „Unsere Zeit steht im Zeichen des Verkehrs."

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 7. Juli.

* Bückeburg. Wie die „Schaumburg-Lippesche Landes-Zeitung" mittheilt, habe das zur Entscheidung der Lippeschen Thronfolgefrage eingesetzte Schiedsgericht den Anspruch des Grafen Ernst zur Lippe-Biesterfeld anerkannt.

* Berlin. Wolff's Bureau erfährt: Der Schiedsspruch zu Gunsten des Grafen Ernst zur Lippe-Biesterfeld ist unterzeichnet worden und wird morgen zugestellt werden.

* Konstantinopel. Die Botschafter erklärten den türkischen Ministern, daß Europa der Türkei in Thessalien im Gebiete von Metkowo insgesammt 200 Quadratkilometer überlassen wolle; die Stadt Tyrnavos selbst bleibt ausgeschlossen. Die Türken bestehen darauf, wenigstens das ganze Gebiet östlich von Salambria zu bekommen.

* Athen. Die wiederholten Vorstellungen der griechischen Regierung, welche die Verzögerung der Friedens-Verhandlungen bedauern und die finanziellen Schwierigkeiten betonen, haben die Mächte mit der Mahnung beantwortet, Griechenland möge seine Reserven entlassen, denn an eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten sei nicht zu denken. Nach der neuen Circularnote Murawiew's hält man den Friedensschluß für nahe bevorstehend.

Berlin. Die „Kreuzztg." schreibt: Die Lieferungsgeschäfte, wie sie in den Feenpalast-Versammlungen der hiesigen Getreidehändler abgeschlossen wurden und zur Auflösung dieser Versammlungen führten, werden gegenwärtig an der Frühbörse fortgesetzt. Es werden weiter auf Grund dieser Geschäfte Preise diktirt, die den Interessenten und einzelnen Bevorzugten, sei es auch nur zu statistischen Zwecken, mitgetheilt werden. Damit aber ist die Einwirkung auf die Preisbildung weiterer Kreise gegeben; denn daß die Berliner Firmen ihren verbündeten Firmen und Händlern in der Provinz keine Instruktionen und Mittheilungen über die jeweilige Preislage zugehen lassen sollten, das wagt doch wohl Niemand anzunehmen. Damit sind aber auch die Kriterien einer Börse gegeben, mögen die Versammlungen nun im Feenpalast oder im Börsenhof, öffentlich oder mit Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden.

Berlin. Es steht eine Kundgebung der rheinisch-westfälischen Großindustrie zu Gunsten der Annahme des Vereinsgesetzes durch das Abgeordnetenhaus nach den Beschlüssen des Herrenhauses bevor. — Soweit die „Post" zu übersehen vermag, liegt das Haupthinderniß der Verständigung über die Militärstrafprozeßordnung noch immer in dem Widerstande gegen den einheitlichen obersten Militärgerichtshof. Die Verständigung über die in dem Bericht des preußischen Staatsministeriums berührten Punkte dürfte dagegen keineswegs aussichtslos sein. — Gegenüber anderweiten Meldungen kann der „Pol.-Anz." mittheilen, daß ein Abschiedsgesuch des Herrn v. Tausch noch nicht vorliegt. So lange Herr v. Tausch auf Urlaub sei, ruhe seine Angelegenheit. — Sämmtliche Schiffe des Manövergeschwaders traten heute Vormittag unter dem Kommando des Viceadmirals Thomsen und des Kontreadmirals Prinzen Heinrich von Kiel aus die große Manöverfahrt nach der Nordsee an. Die Flotte dampfte um Skagen nach Helgoland.

Hamburg. Der Hafenarbeiter-Kongreß beschloß, im nächsten Frühjahr einen allgemeinen Kongreß aller an und auf dem Wasser beschäftigten Arbeiter nach einer mitteldeutschen Stadt einzuberufen zwecks Berathung der Einführung von Hafen-Inspektoren in ganz Deutschland, der Zulassung zu den Gewerbegerichtswahlen und der Unfallversicherungsreform.

Köln. Der Petersburger Korrespondent der „Köln. Ztg." bezeichnet das bisher russischerseits veröffentlichte Programm für den Besuch des deutschen Kaiserpaares als unrichtig. Sicher sei nur, daß das Kaiserpaar am 7. August Vormittags in Peterhof eintreffe. Dieser Tag soll vornehmlich dem intimen Familienverkehr gewidmet sein. Abends findet Familientafel statt. Am 8. August trifft das Kaiserpaar in Petersburg ein. Dort erfolgt ein Besuch der Kaisergräber, darauf findet ein Frühstück auf der deutschen Botschaft und der Empfang der diplomatischen Mission im Winterpalast statt. Am 9. August begiebt sich das Kaiserpaar nach Krasnoje-Selo, wo eine große Kaiserparade oder ein größeres Kavalleriemanöver abgehalten werden soll. Am 11. August reist das Kaiserpaar wieder ab. Wie in russischen Hofkreisen versichert wird, werde auch die Kaiserin-Mutter ein Pennkmahl veranstalten. Gerüchtweise verlautet, das russische Kaiserpaar werde sich nach der Beendigung der Kaisermanöver in Polen zum Besuch der großherzoglich hessischen Familie nach Darmstadt begeben.

Bremerhaven. Ueber das Ausbleiben des Schnelldampfers „Spree" herrscht Besorgniß. Das Schiff sollte Montag Abend schon hier sein und ist noch nicht in Cherbourg angekommen. Man nimmt an, daß die Maschine einen Defekt erlitten hat.

Elberfeld. Die Farbenfabriken vorm. F. Bayer u. Co. theilen mit: Gestern Morgen während der Betriebsthätigkeit gerieth im Parterre unseres aus Eisen und Stein gebauten Farbenlagers beim Zulöthen eines Fasses mit Farbstoffen der Inhalt desselben in Brand, der sich dem Verpackungsmaterial mittheilte und wegen Wassermangels der Hydranten der städtischen Wasserleitung auch auf die oberen Etagen übergriff. Das Lager brannte vollständig aus, doch blieb das die Dampf- und Mischmaschinen enthaltende Souterrain vom Feuer vollkommen unberührt. Der Schaden ist noch nicht ermittelt, doch sehr groß. Er dürfte nach oberflächlicher Schätzung ½ bis 1 Million betragen. Unser Betrieb ist nicht im Geringsten gestört. Der Versandt erleidet wegen vorhandener Reservelager keine Unterbrechung.

Nürnberg. In einer heute stattgehabten Versammlung des Gesammtausschusses des Deutschen Schützenbundes wurde Hauschild-Bremen zum Vorsitzenden wiedergewählt. Zu seinem Stellvertreter wurde v. Tauf'kirchen-München gewählt. Als Ort für das nächste Bundesschießen wurde Dresden bestimmt. Für den Fonds zur Errichtung eines Völkerschlachtdenkmals bei Leipzig wurden 8000 M. bewilligt.

Straßburg i. E. Staatssekretär v. Puttkamer ist vergangene Nacht nach Berlin abgereist.

Wien. Aus Petersburg wird gemeldet, daß die Versetzung des Botschafters Nelidow nach Rom hauptsächlich auf dessen eigenen Wunsch zurückzuführen sei; der Botschafter habe schon seit längerer Zeit eine Versetzung auf einen anderen Posten angestrebt. In der russischen Politik gegenüber der Türkei treten keinerlei Aenderungen ein. Nelidow verbleibt bis zum Abschluß der Friedensverhandlungen in Konstantinopel. — Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußeren Graf Goluchowski begiebt sich in den nächsten Tagen nach Frankreich, um seine dort weilende Gemahlin abzuholen und auf der Rückreise zu begleiten.

Wien. Berichte aus Janina in Albanien melden, daß die dortige Gegend von heftigen Erdbeben heimgesucht werde; es wurden bis zu 8 wellenförmige Erdstöße verspürt. Die Bevölkerung kampirt im Freien.

Danzig. Eine aus Wien zugereiste Schauspielerin Namens Rakowetz stürzte sich von der hiesigen Elbbrücke in den Fluß und verschwand in den Wellen.

Paris. Der Akademiker und Lustspieldichter Henri Meilhac ist heute Nacht an Lungenentzündung gestorben.

Göteborg. Nachdem die Witterungsberichte von gestern Abend für eine Weiterreise nicht günstig waren, ist die „Hohenzollern" in der vergangenen Nacht bei Göteborg vor Anker geblieben, und ist über die Weiterreise des Kaisers noch kein Beschluß gefaßt. An Bord ist Alles wohl.

London. In Jamestown (Kansas) sind bei den letzten Wahlen sämmtliche Aemter vom Mayor abwärts mit Frauen besetzt worden. Sowie Letztere die Gewalt in den Händen hatten, waren selbstverständlich ihre ersten Maßregeln auf die Hebung der Moral unter den Männern gerichtet, und ebenso selbstverständlich galt es, in erster Linie den Spielsalon aufzuheben. Die Herrscherinnen der Stadt hielten sich aber nicht erst lange mit der Schaffung von Strafparagraphen auf, sondern mit Aexten, Beilen und Hämmern bewaffnet brachen sie am vergangenen Freitag gegen Abend in einen der bekanntesten Salons ein. Das starke Geschlecht räumte schleunigst das Feld, und unter dem Jubel der durch die Fenster zuschauenden Menge wurde die gesammte Einrichtung des Salons in ihre einzelnen Bestandtheile zerlegt, sowie die in Menge vorhandenen Bier- und Whisky-Fässer in die Gosse geleert. Letztere Maßregel hatte allerdings die unbeabsichtigte Folge, daß sich der zuschauende Mob gröblich betrank und es nicht an weiteren Exzessen fehlen ließ.

Konstantinopel. Die Antwort der Pforte auf die letzte Vorstellung der Botschafter bringt keine endgiltige Entscheidung, sondern besagt nur, daß die Pforte über ihr weiteres Verhalten noch nicht schlüssig sei. Das Gerücht von dem Abbruch der Friedensverhandlungen ist falsch. Der Kommandeur der türkischen Flotte in den Dardanellen ist beauftragt worden, einen Theil des Geschwaders zum eventuellen Auslauf nach Kreta bereit zu halten.

Konstantinopel. Die im Yildiz-Kiosk tagende Militärkommission beschäftigte sich in ihren letzten Sitzungen mit der Kriegsbereitschaft der kleineren Balkanstaaten. Es lagen Berichte von Offizieren des türkischen Generalstabs vor, sowie solche des türkischen Kommissars in Sofia, in welchen von zahlreichen beunruhigenden Symptomen, welche sich besonders in Bulgarien bemerkbar machen, gesprochen wird. Die Bulgaren wären derart kriegsbereit, daß in 8 Tagen 200,000 Mann in's Feld rücken könnten. Insbesondere wurde auch auf die herausfordernde Sprache der bulgarischen Regierungsorgane und die unverblümte Thätigkeit des makedonischen Komitees aufmerksam gemacht. Die Militärkommission hat deshalb sofortige weitere militärische Maßnahmen an der rumelischen Grenze empfohlen.

Konstantinopel. Die russische Regierung hat ein Rundschreiben an die Mächte erlassen, worin sie denselben vorschlägt, einen Schritt zur Beschleunigung des Friedensschlusses zu thun.

Pfund's Aerztlich empfohlene (diätetische) Kinder-Milch. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79. Trocken-Fütterung.